

## **Kleine Anfrage 1271**

der Abgeordneten Iris Schülzke  
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

### **Zuteilung von finanziellen Mitteln für die Schaffung von Flüchtlingsunterkünften in Wohnungsverbänden**

In der MAZ wurde am 12.11.15 für den am gleichen Tag stattfindenden „Asyl-Gipfel in Potsdam“ die Frage aufgeworfen: „Was kann das Land tun, damit die Kommunen den Ansturm von Flüchtlingen so reibungslos wie möglich bewältigen können??? Es geht in erster Linie um die Unterbringung und Versorgung ...!“

Dieser Herausforderung stellen sich viele Kommunen im gesamten Land.

Die Gemeinde Schönborn, im Amt Elsterland, beabsichtigt für die zu bewältigende Aufnahme von Flüchtlingen in kommunalen Wohnungen (im Wohnungsverbund), leerstehende 5 WE herzurichten.

Somit wurden, aus dem vom Landesamt für Bauen und Verkehr kurzfristig bereitgestellte Mittel > Stadtumbau- Teilprogramm „Herrichtung von Flüchtlingswohnungen“ (STUB HFW), finanzielle Mittel beantragt.

Dieser Antrag wurde mit folgender Begründung abgelehnt: „Es werden nur Mittel zur Herrichtung von Flüchtlingswohnungen innerhalb der geltenden Stadtumbaukulisse ... bewilligt.“

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist es zeitgemäß, die Schaffung von Wohnraum an eine gültige Stadtumbaukulisse zu binden?
2. Sollte in dieser Situation nicht die zur Verfügung stehende Infrastruktur der Orte betrachtet werden, damit die zu uns kommenden Flüchtlinge gut untergebracht, integriert und versorgt werden?
3. Wie soll der immer wieder verkündete Satz „Es ist eine gemeinschaftliche Aufgabe und Herausforderung“ verstanden werden, wenn bereitwillige Kommunen durch derartige Vorgaben benachteiligt werden?

4. Gibt es Fördermittel, die bisher ausgegrenzte Kommunen (außerhalb des Stadumbauprogramms) als finanzielle Unterstützung, hier konkret für die Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge, in Anspruch können?
5. Schönborn ist durch Bus und Bahn gut an den Nahverkehr angeschlossen, verfügt im Ort über eine Kindereinrichtung, einen Allgemeinmediziner und gute Arbeitsmöglichkeiten. Welche Begründungen liegen vor, dass infrastrukturell gut ausgestattete Gemeinden von diesen Förderprogrammen ausgeschlossen werden, andererseits in Pressemitteilungen die Wohnungsbauförderungen pauschal als gutes Hilfsmittel für Kommunen vorgestellt wird.  
(Bitte ausführlich darstellen!)
6. Die Lausitzer Rundschau berichtete in der gleichen Kalenderwoche, dass der Landkreis Elbe-Elster wegen Mangel an Unterbringungsmöglichkeiten nicht alle vorgesehenen Flüchtlinge aufnehmen konnte. Aus Cottbus und anderen Städten wird in der Lausitzer Rundschau, ebenfalls in dieser Woche berichtet, dass es trotz Schulpflicht Wartezeiten für Schulkinder gibt.  
Diese Situationen wären in Schönborn nicht entstanden, wenn es entsprechende Unterstützung für die Herrichtung der Wohnungen gibt.  
Wie wird begründet, dass Kommunen einerseits überfrachtet und in Zeitbedrängnis gebracht werden, andererseits qualifizierte Hilfsangebote ausgeschlagen werden? (Bitte ausführlich erläutern!)